Königl. Landesbibliothek Dresden

Verhandlungen der Sächsischen Volkskammer

9. Sitzung.

(A) Montag, den 10. März 1919.

	Seite
Registrandenvortrag Nr. 41	321 C
Telegraphische Erklärung des Zentralausschusses Leipziger Arbeitgeberverbände gegen die gesetzliche Einrichtung von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten	321 C
Beurlaubung	321 C
Interpellation des Abgeordneten Dr. Engelmann und Genossen, die **wirtschaftliche Notlage des gesamten gewerblichen Mittelstandes** betreffend. (Drucksache Nr. 19)	322 A
Dr. Engelmann (D.-Nat. Vp.)	322 A
Dr. Dehne, Ministerialdirektor Geheimer Rat	328 A, 341 B, 346 A
Hofmann (D.-Nat. Vp.)	331 D
Castan (Soz.)	331 D
(B) Klühs (Dem.)	335 C
Fleißner (U. S. P.)	341 C
Ziller (D.-Nat. Vp.)	342 C
Blüher (D. Vp.)	344 A
Dr. Dietel (Dem.)	345 B
Schiersand (Dem.)	346 C
Tagesordnung der nächsten Sitzung	321 D

Am Ministertische:

Die Minister Dr. Gradnauer, Dr. Harnisch, Neuring, Nitzsche und Schwarz, die Ministerialdirektoren Geh. Räte Dr. Dehne und Dr. v. Hübel, Geh. Regierungsrat Dr. Klien und Regierungsamtmann Dr. v. Buch.

Anwesend 90 Kammermitglieder.

Präsident Fräßdorf eröffnet die Sitzung 4 Uhr 3 Minuten nachmittags.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich bitte um Vortrag der Registrande. (C)

(Sekretär Dr. Wagner [Dresden] liest:)

(Nr. 41.) Telegramm des Zentralausschusses Leipziger Arbeitgeberverbände in Leipzig, betreffend die geplante gesetzliche Einrichtung von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten.

Präsident: Bitte, zu verlesen.

Telegramm.

Sächsische Volkskammer. Leipzig.

Aufgenommen den 7. 3. 1919, 5 Uhr 45 Minuten nachm.

Der Zentralausschuß Leipziger Arbeitgeberverbände wendet sich auf das entschiedenste gegen die geplante gesetzliche Einrichtung von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten. Die gesetzliche Verankerung dieser Räte würde den Ruin der Industrie bedeuten. Das Eigentums- und Selbstbestimmungsrecht des Betriebsunternehmers muß gewahrt werden im Interesse des ertragreichen Wiederaufbaus unserer Volkswirtschaft.

Im Auftrage.

gez. Dr. Albert Steche.

Die Kammer nimmt davon Kenntnis.

Herr Dr. Koch (Berlin) ersucht wegen seiner Tätigkeit im Verfassungs- und Sozialisierungsausschuß in Weimar (D) um einen zweiwöchigen Urlaub. Will die Kammer den Urlaub genehmigen? — Einstimmig.

Ich verkünde zunächst die Tagesordnung für die morgige Sitzung. Sie findet statt Dienstag, den 11. März, nachmittags 1 Uhr. Ich setze auf die Tagesordnung:

1. Allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abgeordneten Arzt und Genossen, die Neugestaltung der Kreis- und Bezirksverwaltungen und -vertretungen auf demokratischer Grundlage betreffend. (Drucksache Nr. 7.)
2. Allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abgeordneten Arzt und Genossen, die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen und der Ratskollegien betreffend. (Drucksache Nr. 8.)
3. Allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abgeordneten Bühring und Genossen auf Erlaß eines Notgesetzes wegen Umgestaltung der Verwaltung der Gemeinden. (Drucksache Nr. 22.)

SLUB Wir führen Wissen.